Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **SV** — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 50 — Olpe, Donnerstag, den 28. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Der 2. Tag der großen politischen Aussprache.

Die Enthüllungen über Hergts Versagen im November 1918

Der zweite Tag der politischen Aussprache

brachte zuerst eine Rede des Abgeordneten Joos, der zu den einzelnen Punkten der Kanzlerrede in sachlicher Weise Stellung nahm und die Unberechtigkeit der gegen den Reichsarbeitsminister Brauns erhobenen Vorwürfe darlegte. Dann lenkte er die Aufmerksamkeit auf die bedenkliche Rolle, welche konfessionelle und politische Gesichtspunkte beim Beamtenabbau spielen. Gerade das katholische Volk hat nach den bisher gemachten Erfahrungen allen Grund dafür zu sorgen, daß die ausführenden mittleren Organe bei der Ausführung sich von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen und nicht nach dem Gebetbuch und der Parteifarbe in erster Linie sehen. Die bis jetzt hierin gemachten Erfahrungen lassen das Schlimmste befürchten. Nachdem der Reichsjustizminister über juristische Fragen gesprochen hatte, erklärte Abg. Schulz mit Recht: „Wer nur negative Kritik übt ohne bessere Vorschläge zu machen, verfündigt sich an Volk und Vaterland." Ein Wort, das man nur vollständig unterschreiben kann, das vollständig auf den folgenden Redner, den Abg. **Hergt** zutraf, der nicht aus dem Oppositionshemd herauskam, eine auf die reinste Wahlmache zugeschnittene Agitationsrede hielt. Doch ganz ungestraft sollte Hergt nicht geredet haben. Die Rache nahte in einem Zurufe seines Freundes von der äußersten Linken, Adolf Hoffmanns, des Zehngebotehoffmann mit dem der Deutschnationale Hergt in der auch billigsten parlamentarischen Arbeit, der blinden Opposition so eng Schulter an Schulter zusammengestanden hat. Adolf Hoffmann wies nach, daß der jetzt so mutige Hergt in der Revolutionszeit doch sehr viel weniger Mut besessen hatte, daß er als Minister bereits am 8. November 1918 seinen Abschied genommen hat und bemerkte dazu, **Hergt habe als Ratte das sinkende Schiff verlassen, statt für seinen König einzutreten.** Diese treffende Feststellung, die man bei so manchen der jetzigen Deutschnationalen machen kann, die in den Novembertagen 1918, als sie ihren Hurrahpatriotismus mal durch die Tat hätten beweisen können, urplötzlich verschwunden waren und jetzt, da es ungefährlich ist, in verstärktem Maße Hurrahpatriotismus treiben, saß der auch und brachte den deutschnationalen Hergt stark in Verlegenheit. Seine Ausrede, er habe bei der Mitteilung des Prinzen Max, daß die Sozialdemokraten die Abdankung des Königs verlangt hätten, seinen Abschied eingereicht, weil er diese Schweinewirtschaft nicht mitmachen wollte, war doch mehr ein Verlegenheitsprodukt und konnte Adolf Hoffmanns Feststellung nicht entkräften, bewies sie doch nur, daß Hergt in den kritischen Novembertagen nicht als ein deutscher Mann gehandelt hat. Seiner Feigheit stellte Hergt selbst das beste Zeugnis aus. Der Gefahr aus dem Wege gehen, vollständig versagen und dabei das Volk ruhig in den Abgrund gleiten lassen, Herr Hergt, nachher schimpfen und eine dicke Klappe haben, das ist leicht, zeugt aber nicht von politischen Verantwortungsgefühl und deutschem Mannesmut. Das riecht stark nach übelster Demagogie. Und schlimm ist es, wenn man sich das selbst bescheinigen muß, zumal, wenn durch dies vollständige Versagen ein so prächtiges Volk wie das deutsche, in den tollsten Schlamassel gekommen ist, über den man sich nachher lustig mouliert. In der Endwirkung hat sein Versagen den Weg der Leute, die seine Presse als Novemberverbrecher bezeichnet, nur freigemacht hat, die Revolution dadurch begünstigt zu haben, den Vorwurf müssen wir jetzt gegen Hergt erheben. Sein Verhalten müssen wir ebenso, wie das der sozialistischen Revolutionäre verurteilen. Wenn aber dem Führer einer Partei so etwas passiert, die sich auf ihr Deutschtum etwas besonderes zu Gute tut, dann wird man an das Schriftwort erinnert: „Wenn das an dem grünen Holze geschieht, was wird dann an dem dürren geschehen."

Dr. W.

Der Beamtenabbau

ist Vertretern der alten Regierung übertragen worden, die aufräumen mit den ihnen mißliebigen Leuten.

Konfessionelle und politische Gesichtspunkte spielen dabei eine bedenkliche Rolle.

Die Steuernotverordnungen enthalten Bestimmungen, die einer Aenderung dringend bedürfen. Die maßlosen Angriffe gegen den Reichsminister Brauns sind unberechtigt. Nicht seine Verordnungen sind schlecht, sondern ihre Durchführung. Ein großer Teil der Unternehmerschaft hat eine Haltung eingenommen, die auch politisch sehr schlimme Wirkungen haben kann.

Reichsjustizminister Dr. Emminger

gibt eine Uebersicht über die Tätigkeit seines Ressorts. Die Entlastungsvorschläge des Reichsgerichts können wir nur unter großen Bedenken befolgen. Die Not im Zivilprozeß muß von allen Parteien anerkannt werden. Die Vorlage bildet das Instrument für die Beschleunigung des Zivilprozeßverfahrens. Im

Strafprozeßverfahren

ist die Durchführung von Ersparnissen weit schwieriger. Der Gedanke, die **Schwurgerichte** unter Beibehaltung dieses Namens zu **großen Schöffengerichten umzuwandeln**, ist schon in den Entwürfen enthalten, die dem Reichstag am 6. Juli 1923 vorgelegt wurden. Damals regte sich kein Sturm in der Oeffentlichkeit. Von sozialdemokratischer Seite wird gesagt, die Sozialdemokraten sehen im Schwurgericht kein demokratisches Heiligtum, sondern einfach eine justiztechnische Frage. Die an die Verordnung geknüpften Befürchtungen, daß das Recht des Angeklagten verkürzt werde, wird sich als haltlos erweisen. Es ist eher zu befürchten, daß zuviel Revisionen an das Reichsgericht kommen werden. Die Reichseinheit ist bei allen

Landesverratsprozessen

dadurch gewahrt, daß zunächst alles in Händen des Oberreichsanwalts liegt. Jedermann ist berechtigt, gesetzwidrige Vorkommnisse und Zustände den zuständigen Behörden mitzuteilen. Erfolgt diese Mitteilung durch die Presse, so wird sie nicht nur den zuständigen Stellen, sondern der großen Oeffentlichkeit und dem Ausland bekannt. Von tiefeinschneidender Bedeutung sind die **Goldbilanzen** und die **Verordnung über die Aufwertung.** Der sozialdemokratische Abänderungsantrag ist wirtschaftlich undurchführbar. Eine Aufhebung der Steuernotverordnungen würde eine neue verheerende Inflation herbeiführen und schlimmste politische und wirtschaftliche Folgen haben.

Abg. Schulz (DVP.):

Für die Parteien, die seinerzeit das Ermächtigungsgesetz beantragt haben, ist eine Beschränkung und Abänderung geradezu eine politische Pflicht. Aber auch die Oppositionsparteien sollten diese Pflicht anerkennen. **Wer nur negative Kritik übt, ohne bessere Vorschläge zu machen, verfündigt sich an Volk und Vaterland.** (Beifall bei der DVP). Wir sind der Regierung dankbar dafür, daß sie in der Außenpolitik mit einigem Erfolg versuchte, die Dinge aus der Sphäre der Machtpolitik heraus in das Gebiet wirtschaftlicher Erwägungen zu bringen. Wir wünschen aber, daß mit größerem Nachdruck der Lüge von der deutschen Alleinschuld am Kriege entgegengetreten wird und so erst die Voraussetzungen für eine Revision des Friedensvertrages geschaffen werden. (Beifall). Die Hauptaufgaben unserer Innenpolitik sind jetzt, die Währung stabil zu halten und den inneren Etat zu balanzieren. Beifall).

In der Anerkennung der Notwendigkeit der Aufwertung besteht Einigkeit bei meinen Freunden, wenn über die Höhe die Meinungen auch auseinandergehen.

Der Zweck der Beamtenabbauverordnung ist richtig, aber er ist gar nicht durchzuführen, wenn den Beamten bei erhöhter Arbeitsbelastung Gehälter gezahlt werden, die zum Leben und Sterben zu gering sind.

Mit starken Bedenken stehen wir der völligen Aufhebung des Ausnahmezustandes gegenüber. Die Regierung sollte sich ernsthaft überlegen, ob sie das verantworten kann, auch in den gefährdeten Gebieten den Ausnahmezustand aufzuheben. (Hört! Hört! bei den Kommunisten). Wir wollen die Stabilisierung unserer Währung nicht stören. **Darum hat unsere Fraktion auf Aufhebungsanträge verzichtet** und betrachtet ihre Abänderungsanträge nur als Anregungen für die Regierung. **Deutschlands große Vergangenheit fordert, daß wir in diesem Augenblick nicht kritisieren, sondern arbeiten, damit die Zukunft hell und erleuchtend ist.** (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Abg. Hergt

(Deutschnat. Vpt.): Der englische Minister Henderson hat sich in flammenden Worten für die Revision des Versailler Friedensvertrages ausgesprochen. In der gleichen Zeit hat der deutsche Reichskanzler in einer Rede den Wunsch ausgesprochen nach einer gerechten Regelung auch des Versailler Vertrages. Lebe im Spiel, sobald es gegen die Regierung ging. Wir verlangen, daß die Regierung jetzt mit allem Nachdruck die Revision des Friedensvertrages betreibt. Sie darf nicht bloß an die Gerechtigkeit der Staaten appellieren, sie muß auch etwas tun. (Zuruf links: Was denn?) Wir werden ja bald erleben, daß eine andere Regierung Ihnen zeigt, was zu tun ist. Dieser überaltete Reichstag hat nur die eine Aufgabe noch, in Schönheit zu sterben (Heiterkeit). Er hat sich ja selbst seine Aktionsunfähigkeit bescheinigt durch seine Zustimmung zum **Ermächtigungsgesetz.** Manche Väter des Gesetzes werden jetzt wohl ein Grauen vor ihrer eigenen Schöpfung haben. Die Sozialdemokraten wollen mit ihren Abänderungsanträgen nur das Leben des Reichstags verlängern, weil die Ausschußverhandlungen über diese Anträge sich durch Monate hinziehen würden, wenn die Sozialdemokraten ihren Kampf gegen die Verordnungen ernst meinen müßten, die jetzt die Aufhebung beantragen. **Der Wahltermin müßte mindestens auf den 6. April festgesetzt werden. Am besten wäre es, wenn gleichzeitig die Neuwahl des Reichspräsidenten erfolgen würde.** (Beifall rechts, Unruhe links.) Die Welt ist gegen die völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes. Gerade für die Reichstagswahlen müßte der Ausnahmezustand aufrechterhalten werden, denn in Sachsen, Thüringen und Mecklenburg sind die Wahlen unter diesem Zustand in erfreulicher Ruhe abgelaufen. Wir verlangen den **beschleunigten Abbau des Gerichtshofes zum Schutze der Republik und die Revision der Weimarer Verfassung im Sinne der alten Bismarckschen Verfassung.** Die Steuernotverordnungen enthalten schlimme Verstöße gegen die steuerliche Gerechtigkeit. Wir **beantragen** deshalb ihre **Aufwertung.** Der ganze Staatskredit wird gefährdet, wenn die Aufwertung einzelner Forderungen durchgeführt wird, die Zeichner der Kriegsanleihe aber noch weiter um ihr Geld betrogen werden. Bei den kommenden Reichstagswahlen geht es um das Leben des deutschen Volkes (Beifall bei den Deutschnationalen, vereinzeltes Händeklatschen auf den Tribünen.)

In einer persönlichen Bemerkung verliest Abg. Adolf Hoffmann ein amtliches Protokoll über die Amtsübernahme der preußischen Ministerposten durch die sozialdemokratischen Volksbeauftragten. In diesem Protokoll wird festgestellt, daß der frühere **Minister Hergt bereits am 8. 11. 1918 seinen Abschied genommen hat.** Abg. Hoffmann bemerkt dazu, **Hergt habe als Ratte das sinkende Schiff verlassen, statt für seinen König einzutreten.** (Hört, Hört, link.)

Abg. **Hergt** (Deutschnat.) bezeichnet diese Bemerkung als eine Unverfrorenheit und Dummheit. **Er habe bei der Mitteilung des Prinzen Max, daß die Sozialdemokratie die Abdankung des Königs verlangt hätten, seinen Abschied eingereicht, weil er diese Schweinewirtschaft nicht mitmachen wollte.** (Händeklatschen bei den Deutschnationalen und einigen Tribünenbesuchern.)

Abg. Hoffmann ruft darauf: **Sie sind feige davongelaufen.**

Unter großer Unruhe wird um dreiviertelsieben Uhr die Weiterberatung auf Donnerstag 2 Uhr vertagt.

Deutscher Reichstag

WTB. **Berlin**, 27. Febr. (Drahtbericht)

Die politische Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Joos (Zentr.):

Für die Volksvertretung ist es schwer, den Verordnungen gegenüber diejenige Zurückhaltung zu üben, die die Regierung wünscht. (Sehr richtig.) **Der Ausnahmezustand und das Ermächtigungsgesetz haben im allgemeinen ihren Zweck erfüllt.** Manche Verordnungen des Generals von Seeckt waren nur zu begrüßen. Jetzt redet man davon, daß ein zivilier Zustand eingesetzt werden soll. Ich kann mir darunter nichts vorstellen. Das Wort „Ausnahmezustand" sagt doch, daß solche Zustände nicht dauernd bestehen bleiben dürfen. Das sind nicht bloß Befürchtungen, sondern nur ganz bestimmte Tatsachen. **In der Außenpolitik ist noch kein Anlaß zu himmelblauem Optimismus.**

Wir im besetzten Gebiet erhoffen von der Regierung die Wiedererlangung unserer politischen und wirtschaftlichen Freiheit. (Beifall).

Die Angeklagten im Hitlerprozeß bezichtigen v. Kahr, v. Lossow und v. Seissert gleichsfalls des Hochverrats

Der Hitler-Prozeß

WTB München, 26. Febr.

In weiterem Verlaufe der Nachmittagssitzung, über die wir gestern schon berichteten, berührte

Hitler

das seinerzeitige Verbot der 14 nationalsozialistischen Massenversammlungen

1920 habe er Kahr kennen gelernt,

von dem er persönlich den **Eindruck eines biederen und ehrenhaften Beamten gewonnen** habe, mehr aber nicht. **Kahr habe niemals die eigene Fassung besessen, um Ordnung zu schaffen.** Seinerzeit sei kein Grund für die Versammlungsverbote angegeben worden. Erst später habe er erfahren, daß diese Versammlungen infolge von Putschgefahren untersagt wurden. In diesem Falle wäre es aber **selbstverständlich gewesen, daß Herr von Kahr ihn (Hitler) hätte sofort verhaften lassen. Kahr habe aber die Hitlervertreter begrüßt** und eine Erklärung über ihre Stellungnahme verlangt. Oberst Seissert habe damals erklärt, daß die Versammlungen an sich nicht verboten seien, sondern das Verbot sei nur eine Auswirkung des Ausnahmezustandes. Bei einer Besprechung des Führers **Heiß-Nürnberg** sei dieser für die **Aufnahme des Kampfes gegen den Norden eingetreten.** Er, Hitler, habe erklärt, daß **der Kampf gegen Berlin nicht in der Verteidigung des bayerischen Rechts geführt werden könne.**

Zum Fall Lossow

vertrat Hitler die Auffassung, daß der General damals **seiner vorgesetzten Behörde tatsächlich den Gehorsam verweigerte Lossow** hätte aus diesem Kampfe nur als Sieger oder als Gefallener hervorgehen können. Da der General tatsächlich seiner vorgesetzten Behörde den Gehorsam verweigerte, mußte er entweder zum letzten und äußersten Kampf entschlossen sein, oder er sei ein gewöhnlicher **Meuterer und Rebell.** Er habe daher Lossow erklärt, das Volk habe erwartet, daß jetzt der Kampf gegen den Norden mit aller Rücksichtslosigkeit aufgenommen werde und er habe weiter zu Lossow gesagt, es gebe nur drei Möglichkeiten, entweder den bepitulation, oder sich nach **auswärtiger Hilfe umsehen.** Lossow habe letzteres sofort abgelehnt. Also Kampf. In dieser Unterredung habe er, Hitler, weiter gesagt, daß nach seiner **Meinung Pöhner als Diktator in Frage kommen könne,** der der energischste und fähigste Kopf sei. Hitler schilderte sodann wie er

Ludendorff

als Soldat 1918 gesehen und gesprochen habe. Lossow gegenüber habe er erklärt, daß der politische Kampf nicht nur ein Kampf zur Erringung großer Ziele sei, sondern daß es sich bei diesem Kampfe um Deutschland, und die großdeutsche Frage handele. Darauf habe ich erklärt, daß keinesfalls Verwaltungsbeamte befähigt seien die nationalistische Bewegung bis zum Aeußersten zu entfachen. Auf Grund der Verhandlungen in der Sitzung vom 6. 11. habe er den Gesamteindruck gewonnen, daß **Kahr, Lossow und Seissert nicht mehr zurück konnten.** Hitler erklärt, daß Lossow geäußert habe, daß, wenn man jetzt nicht auf den Norden losschlage, diese separate Aktion nicht zu vermeiden sei. Auf Grund dieser Tatsache seien die Beschlüsse vom 6. 11. gefaßt worden. **Es sei auch beschlossen worden, daß Ludendorff als Offizier nichts wissen sollte.** (Und als Politiker, was wußte er da? Seine Hände hatte er

Vgl. auch Ludendorffs zufälliges Erscheinen am Brandenburger Tore beim Kapp-Putsch. Anerkanntermaßen hatte er von Politik keine Spur von Ahnung. Die Red.) **Die entscheidende Sitzung hat am 7. 11. stattgefunden.** Als

Termin zum Handeln wurde der 8. November bestimmt.

Wenn er, Hitler, geahnt hätte, daß die Herren am 12. 11. die Sache selbst machen wollten, hätte er die Aktion am 8. 11. nicht unternommen. Hitler kommt dann auf

die Vorgänge im Bürgerbräukeller

zu sprechen wobei er hervorhebt, daß seine Leute auf Kahr die Pistole nicht angeschlagen hätten. Was man über die Aeußerungen Kahrs geschrieben habe, sei im Zusammenhang falsch auseinandergereiht worden und zum größten Teil falsch. Hitler stellt weiter fest, daß er

Kahr nicht mit der Waffe bedroht

habe. Hitler habe dann Herrn von Kahr nahegelegt, den Kronprinzen Rupprecht zu verständigen. Hitler machte dann einzelne Schilderungen über seinen Marsch durch die Stadt und tritt hierbei der Behauptung entgegen, daß seine Leute aufgestellte Soldaten entwaffnet hätten. Bei dem Zusammenstoß vor der Residenz habe er infolge Sturzes das Schlüsselbein gebrochen. Nachdem Hitler **über 4 Stunden gesprochen** hatte, faßte er seine Ausführungen in folgende Sätze zusammen:

Ich kann mich nicht schuldig bekennen, ich bekenne mich zur Tat. Es gibt keinen Hochverrat bei einer Handlung, die gegen die Landesverräter von 1918 sich wendet. Wenn wir schon Hochverrat betrieben haben, dann wundere ich mich, daß die, welche damals das Gleiche getan haben, nicht an meiner Seite sitzen. Ich fühle mich nicht als Hochverräter, sondern als Deutscher, der das Beste für sein Volk getan hat. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er von den

Verhaftungen

der Minister gewußt habe, antwortete er bejahend. Die Minister sollten aber am nächsten Tage wieder freigelassen werden. Was die

Zerstörung der Münchener Post

betreffe, so habe er sofort bei der Polizeidirektion Scheitle zur Verhinderung derartiger Vorgänge unternommen. Von der Haussuchung in der Wohnung des Abgeordneten Auer habe er nichts gewußt. Bezüglich der Geiselverhaftungen erklärte Hitler, eine Freilassung wäre unmöglich gewesen, da die Geiseln sonst in der Menge erschlagen worden wären. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte Hitler, er habe die Geldbeschlagnahmungen veranlaßt.

Die weitere Entwicklung

der Dinge habe er sich so vorgestellt, daß eine ungeheure nationale Welle in ganz Deutschland durchbrechen werde. Wenn **General von Seeckt die Absicht gehabt hatte, von sich aus loszuschlagen, dann würden dies die Ereignisse in München und die Entwicklung der Dinge vorzeitig beschleunigt haben.** Auf verschiedene Fragen des 1. und 3. Staatsanwaltes bezeichnet es Hitler als Tatsache, daß **Teile der Reichswehr und der Landespolizei in Marsch gewesen seien.** Hitler sprach zum Schluß noch die Bitte aus, falls im Laufe der Verhandlungen die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werde, ihm dazu die Möglichkeit zu geben, die Ausführungen zu machen, die nicht für die Oeffentlichkeit geeignet seien.

Hierauf wird dieß ihung kurz nach 7 Uhr auf morgen vormittag vertagt.

Der zweite Prozeßtag.

WTB München, 27. Febr. (Drahtbericht.)

In der heutigen Vormittagssitzung wurde zunächst von seiten der Verteidigung an Hitler die Frage gerichtet, ob zu irgendeinem Zeitpunkte eine Besprechung mit einzelnen Parteien stattgefunden habe, wobei die Rede davon gewesen sei, daß ein Direktorium Hitler-Ludendorff als Konkurrenzunternehmen gegen Kahr, Lossow Seissert beabsichtigt sein sollte. Hitler verneinte diese Frage.

Hierauf wird in die Vernehmung des Angeklagten

Dr. Weber

eingetreten. Der Vorsitzende des Bundes „Oberland" legte dar, daß das Ziel des Bundes die Brechung des Versailler Vertrags und die Ueberbrückung der Klassengegensätze, die Schaffung eines neuen großen Deutschlands gewesen sei. Der Bund habe sich jeder Kampfpolitik ferngehalten. Es stehe bei ihm fest, daß die Befreiung Deutschlands von Bayern aus kommen müßte. Auf die Frage des Vorsitzenden, was in der grundlegenden Sitzung vom 16. 11. Kahr vorgetragen habe, erwiderte der Angeklagte, der Sinn der Ausführungen **Kahrs** sei gewesen, daß er entschlossen sei, die **schwarz-weiß-rote Fahne von Bayern aus in Bewegung zu setzen.** General von Lossow habe erklärt, daß die **Reichsregierung unbedingt hinter dem Generalstaatskommissar stehe und entschlossen sei, jeder Weisung von ihm zu folgen.** Weber habe Hitler dann darauf hingewiesen, daß bei einer Besprechung **Kahr zum ersten Male in größerem Kreise seine vollkommene Uebereinstimmung mit den Zielen Hitlers zum Ausdruck brachte.**

Der Angeklagte Weber erklärte weiter, eine **zuverlässige Mitteilung über die Beteiligung Kahrs habe er niemals erhalten.** Dann bemerkte Weber zu der **Verhaftung der Minister:** daß seines Wissens Hauptmann von Göring als Verbringungsort Tölz genannt habe. Er habe erklärt, daß vorläufig die Unterbringung in der Villa seines Schwiegervaters Lehmann vorgenommen werden könne. Bei der Besprechung **am 6. 11. habe Kahr nur erklärt, daß die Vorbereitungen ziemlich restlos getroffen seien. Kahr** habe damals ausdrücklich gesagt: **„Ich will ja selbst nach Berlin marschieren."** Weiter führte Weber aus, daß von einer Kampfstimmung im Nebenzimmer des Bürgerbräus nicht die Rede sein könne. Das im Nebenzimmer gerufen worden sei „Niemand verläßt lebend den Raum", treffe nicht zu. Ein Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß über die Besprechungen vom 6. 11.

ein Protokoll

vorhanden sein müsse, da es z. Zt. von Oberst Horrauf in Gegenwart von General Epp verlesen worden sei. Die Verteidigung verlangt die Herbeischaffung des Protokolls. Hierauf erklären Staatsanwalt Dr. Stenglein und Landgerichtsdirektor Reidhard, daß das Protokoll sich nicht in den Akten befindet. Auf die Frage des Vorsitzenden an den anwesenden General Epp tritt dieser vor und stellt die Frage, von wem das Protokoll verfaßt sein sollte. Ein Verteidiger weiß darauf hin, daß Zeugen vorgeführt werden können, die die Verlesung des Protokolls bestätigen könnten, worauf der General erwiderte, daß er nichts zu verschweigen habe. Ein Verteidiger stellt hierauf fest, daß **General von Lossow** gesagt habe, **er werde marschieren, wenn 50 Prozent Sicherheit des Erfolges bestände,** was Dr. Weber bestätigt.

Zu einem

Zusammenstoß zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft

kam es, als der Staatsanwalt an Weber die Frage richtete, ob ihm bekannt sei, daß **General Ludendorff in norddeutschen Offizierkreisen nur wenig Resonanz hätte.** Die Stellung dieser Frage erzeugte **Unruhe und Zurufe** im Saal. Der Verteidiger Justizrat Krohn bezeichnete die Stellung dieser Frage als eine ungeheuere **Beleidigung des deutschen Offizierskorps,** die eine starke Zurückweisung verdiene. Die Worte des Verteidigers werden mit **Bravorufen** begleitet. **Der Vorsitzende verbietet solche Kundgebungen.** Auf verschiedene Fragen der Verteidigung erklärt Weber, daß bei den Besprechungen im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers **Kahr, von Lossow und Seissert** sich frei bewegen konnten.

Von den Angriffsabsichten bei dem Umzug durch die Stadt könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil an der Spitze des Zuges Fahnen getragen wurden, weil der Zug geschlossen hintereinander marschierte und weil sich ihm Zivilisten und Frauen angeschlossen hätten. Nachdem Hitler noch einige an ihn gerichtete Fragen beantwortet hatte, wurde gegen 12 Uhr die Verhandlung auf 2 Uhr nachmittags vertagt.

Die Vernehmung Pöhners.

Zu Beginn der heutigen Nachmittagssitzung wurde der frühere Münchener Polizeipräsident Pöhner, der mit Kahr sehr vertraut war, vernommen. Er gab zunächst ein Bild seiner grundsätzlichen Einstellung als ehemaliger königlicher Offizier. Er sagte, er habe im Jahre 1918 mit Empörung den Gesinnungsumschwung von zum Teil sehr hohen Beamten und Offizieren gesehen. Er habe seine eigene Gesinnung auch während der Rätezeit stets aufrecht erhalten. Als Polizeipräsident sei er als Führer der Volksbewegung betrachtet worden, deren Vertrauen er besessen habe. Die Fühlung mit Kahr habe er aufrecht erhalten. Diese Beziehungen haben auch noch bestanden, als Kahr Generalstaatskommissar wurde. Kurze Zeit darauf habe er sich aber Kahr gegenüber ziemlich ablehnend verhalten, weil er an seiner Entschlußkraft zweifelte. Sein Zusammentreffen mit Kahr sei veranlaßt worden durch einen dahingehenden Wunsch des **Kapitänleutnants Ehrhardt.** Pöhner habe Ehrhardt am 29. 9. zu sich geladen, wobei Ehrhardt äußerte, es **werde jetzt doch ernst mit dem Vormarsch nach Berlin.** Ehrhardt sei sehr daran gelegen gewesen, daß er, der mit seiner Formation in Nordbayern Aufstellung nähme, die Gewißheit habe, daß das Gebiet in seiner Hand sei. Pöner schilderte dann sein

Zusammentreffen mit Kahr,

wobei auch Oberst Seissert zugegen war. **Kahr** habe selbst Pöhner **die Frage vorgelegt,** ob Pöhner mit ihm zusammenarbeiten und bereit sein wolle, die Funktion eines Zivilgouverneurs in Sachsen und Thüringen zu bekleiden. Dieser Vorschlag sei Pöhner etwas unerwartet gekommen. Diese Besprechung sei ziemlich ergebnislos verlaufen. Ehrhardt sei abends zu Pöhner gebeten, eine

Unterredung mit Hitler

zu vermitteln. Diese Unterredung habe am 7. 11. stattgefunden, ohne aber zu einem Ergebnis zu führen. Früher habe er dann Hitler gesehen, der sagte, daß nunmehr die Aktion gegen Berlin notwendig sei. Pöhner erklärte, er sei damals froh gewesen, wenigstens einen gefunden zu haben, der die Verantwortung auf sich nehme. Hitler entwickelte bei dieser Gelegenheit seinen Plan. Pöhner habe schließlich den Plan angenommen, am Abend bei der Versammlung anwesend zu sein. Pöhner sollte das Bindeglied zwischen Kahr und Hitler fungieren. Hierauf gab Pöhner eine Schilderung der

Vorgänge im Bürgerbräukeller,

wobei er sagte, daß **Kahr** über die Vorgänge äußerst empört gewesen sei und gesagt habe, man **sollte doch noch 8—10 Tage warten, es ständen noch einige Antworten von Nordbayern aus. Von Lossow** habe sich auch erst ablehnend verhalten, aber schließlich **seine Zustimmung gegeben. Oberst Seissert** habe sofort **freudig zugestimmt.** Nach weiterem Zureden von Ludendorff habe **Kahr schließlich erklärt,** er willige ein, er würde als Statthalter des Königs fungieren. Pöhner habe aus den Verhandlungen im Nebenzimmer den Eindruck gewonnen, daß **Kahr, Lossow und Seissert es mit ihrer Anerkennung äußerst ernst nähmen.** Nach den Vorgängen im Bürgerbräukeller sei Kahr mit ihm wegen der Aufstellung der Ministerliste zusammen gewesen. Am 9. 11. habe Kahr mitgeteilt, er habe ein Kreistelegramm aufgegeben des Inhalts, daß er als Statthaltr der bayerischen Regierung die bayerische Regierung in der Hand habe. Am 9. morgens habe Chefredakteur Gerlich ihm telephoniert, er habe von der Verlagsdirektion der Münchener Zeitung die Nachricht erhalten, daß das Erscheinen der Morgenzeitung durch den Generalstaatskommissar bei Todesstrafe **verboten sei. In diesem Augenblick sei ihm klar** geworden, daß hier ein falsches Spiel getrieben werde. In einer anschließenden Besprechung schlug Hitler vor, die Direktion in sichere Hand zu bekommen. Oberst Pancer, der vorher erklärt hatte, daß man auf ihn zählen könne, habe später seine Zusage zurückgezogen. Auf eine Frage erklärte Pöhner, er habe es für selbstverständlich betrachtet, daß

nötigenfalls die Absetzung der Reichsregierung mit Gewalt

durchgeführt werde und auch die bayerische Regierung abgesetzt werde. Er bat schließlich Ehrhardt, als Zeuge zu vernehmen. (Zuruf des Staatsanwalts: Das könne unmöglich geschehen, da sein Aufenthalt hier unmöglich sei). Staatsanwalt Dr. Stenglein stellte schließlich einen Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit. Von der Verteidigung werden die

Fragen, die Pöhner vorgelegt werden sollen,

folgendermaßen festgesetzt:

1. Ist Poehner bekannt, daß in der Nacht zum 13. März 1920 der damalige Präsident der Regierung von Oberbayern, Dr. von Kahr, sich ohne Jägern in den Besitz der öffentlichen Gewalt gesetzt hat auf dem Wege, der dem am 8. und 9. 11. 1923 gegangenen vollkommen entsprach?

2. Ist Poehner bekannt, daß im Jahre 1923 anläßlich des republikanischen Schutzgesetzes, das in Bayern große Erregung verursachte, Herr v. Kahr sich ohne Bedenken dieser Bewegung anschloß, deren Ziel es war, die damalige **Regierung Lerchenfeld ohne Druck zu entfernen?**

Das Gericht beschließt, die Entscheidung über den Antrag der Vorladung **Ehrhardts** als Zeugen bis nach der Zeugenvernehmung Kahrs zurückzustellen. Ein Verteidiger ruft: **Die Adresse ist Sendlingerorplatz 1.**

Darauf wurde die Sitzung auf morgen vormittag vertagt.

Die interalliierte Militärkontrolle in Deutschland.

Eine englische Note an die Botschafterkonferenz.

WTB Paris, 27. Febr. Offiziell wird bestätigt, daß die englische Regierung der Botschafterkonferenz eine Note über die Militärkontrolle in Deutschland überreichte, die dem interalliierten Militärkomitee in Versailles unter dem Vorsitz des Marschalls Foch übermittelt wurde. Nach dem Temps besteht die englische Forderung darin, daß die **jetzige Kontrolle in Deutschland,** deren Aufgabe beendet sei, durch **einen Garantieausschuß ersetzt** werde, ähnlich dem für Marine und Luftschiffahrt. Dieser Ausschuß soll eine vollkommene Inventur über die deutschen Rüstungen, auch derjenigen, die sich auf die militärischen Einrichtungen Deutschlands an Menschen und Material bezieht, aufnehmen.

Wenn die englische Regierung sich jetzt auch gegenüber der Botschafterkonferenz auf den Standpunkt stellt, daß die Aufgabe der Kontrollkommission beendet ist, so kann nach dem Vertrage von Versailles daraus nur folgern, daß anstelle der bisherigen Kontrolle der Völkerbund jederzeit Untersuchungen über den deutschen Rüstungsbestand vornehmen kann. Was nach der Meldung des Temps beabsichtigt sein soll, ist jedoch die Einsetzung einer neuen Kontrolle mit völlig neuen erweiterten Aufgaben. Es erscheint wenig glaubwürdig, daß die englische Regierung uns einen derartigen Eingriff in unsere Souveränität zumuten kann.

WTB Berlin, 27. Febr. Die französische Regierung hat gestern in der Botschafterkonferenz das Verlangen gestellt, daß, nachdem die Ordnung des deutschen Reiches vollkommen wiederhergestellt ist, man den interalliierten Kommissionen gestatte, zu dem früheren System der nicht vorher angemeldeten Kontrollgänge zurückzukehren. Wie Echo de Paris mitteilt, hat die Beratung über diesen Vorschlag in der Botschafterkonferenz aufgeschoben werden müssen, weil die englischen Vertreter noch keine Instruktionen von ihrer Regierung erhalten hatten. Diese Instruktionen seien nunmehr aus London eingetroffen und zur Kenntnis der französischen Regierung gebracht worden. Man nimmt jetzt an, daß sie geeignet seien, eine Verhandlung über die von der französischen Regierung aufgenommenen Frage zu gestatten.

WTB Berlin, 27. Febr. Wie die Blätter mitteilen, ist die Meldung der Chikago Tribune, nach der Dr. Stresemann Macdonald den Vorschlag gemacht haben soll, er wolle nach London kommen und daß Macdonald dies ablehnend beantwortet haben soll, frei erfunden. Was die weitere Meldung der Chicago Tribune anbelangt, nach der Macdonald dies ablehnend beantwortet haben soll, frei erfunden. Was die weitere Meldung der Chicago Tribune anbelangt, nach der Macdonald in einer Note Poincare die Wiederaufnahme der Militärkontrolle in Deutschland vorgeschlagen haben soll, so wird es an Berliner unterrichteten Stellen für sehr unwahrscheinlich gehalten, daß in der englischen Note ein solcher Vorschlag gemacht worden sei.

Die Arbeiten der Sachverständigen.

WTB Paris, 27. Febr. Der Sachverständigenausschuß Dawes hat gestern nachmittag den Bericht des Budgetunterausschusses über die deutschen Budgets 1925 bis 1926 geprüft. Die beiden Unterausschüsse für Budget- und Währungsfragen haben heute nachmittag getrennte Sitzungen abgehalten. Der Temps erklärt, daß die Sachverständigen, die den Plan der Errichtung von Staatsmonopolen zu prüfen haben, ihren Bericht dem 1 Ausschuß am Donnerstag übergeben.

WTB Paris, 27. Febr. Die beiden Unterausschüsse des 1. Komitees Dawes sind gestern nachmittag zusammengetreten. Der Unterausschuß für Haushaltsfragen hat seine Arbeiten über die deutschen Haushaltsfragen fortgesetzt, der andere Ausschuß hat sich mit den Eisenbahnfragen beschäftigt. Sir Arthur Salter wird morgen dem Ausschuß ein Memorandum über die Wiederaufrichtung Oesterreichs überreichen. Er wird am Donnerstag über diese Frage gehört werden. Die Monopolsachverständigen würden am Donnerstag oder Freitag über ihre Berichte gehört werden.

Die Regie an das Personal.

WTB Dortmund, 26. Febr. Die französisch-belgische Eisenbahnregie hat folgenden Befehl an ihr Personal erlassen:

Trotz wiederholter Ermahnungen läßt die Beförderung der Kohlen- und Güterzüge derart zu wünschen übrig, daß man sich fragen muß, ob die Beamten, die mit der Zusammenstellung und der Beförderung der Züge beauftragt sind, ihren Aufgaben gewachsen und imstande sind, sich von der Tragweite ihrer Fehler ein Bild zu machen. Die Züge sind schlecht zusammengestellt, fahren mit Verspätung ab, werden an den Streckensignalen aufgehalten oder umgeleitet ohen jeglichen Grund. Die von mir mit der Kontrolle beauftragten Begleiter reichen mir Berichte ein, aus denen die Gleichgültigkeit des größten Teils der Bahnhofsvorsteher, die nicht einmal den Willen haben, gegen solche Nachlässigkeiten einzuschreiten, deutlich hervorgeht, und man gewinnt den Eindruck vollständiger Unfähigkeit dieser Bahnhofsvorsteher. Es ist unbegreiflich, daß derartige Vorkommnisse unter persönlicher Aufsicht dieser Beamten geduldet werden. Dieser gewissenlosen Arbeitsweise, die eines Fachbeamten unwürdig ist, muß unbedingt ein Ende gemacht werden. Festgestellte Nachlässigkeiten werden von jetzt an gründlich untersucht und die Verantwortlichen bestraft.

Der Vertreter des Präsidenten: Praile.

Anmerkung des WTB: Die Regie gibt also unumwunden zu, daß die Eisenbahnverhältnisse des besetzten Gebiets trostlos sind. Ob in diesem Falle Selbsterkenntnis auch der erste Schritt zur Besserung ist, muß man nach den seitherigen Erfahrungen leider bezweifeln.

Abänderung des Mieterschutzgesetzes.

WTB Berlin, 27. Febr. Durch Verordnung vom 14. Februar wurde das Mieterschutzgesetz in zwei Punkten geändert. Den Gemeinden wurde die Verpflichtung auferlegt, auch in Inhabern von Räumen in öffentlichen Gebäuden, die zur Räumung verurteilt worden sind, beschleunigt Ersatzwohnungen zuzuweisen. Ferner wird bestimmt, daß die Entscheidung über die Kosten bei der Aufhebung der Klage, sofern die Kosten ganz oder teilweise dem Vermieter auferlegt sind, angefochten werden kann, falls der Wert des Beschwerdegegenstandes 30 Goldmark übersteigt.

Der ewige Kampf.

26) Roman von Karlfriedrich Baberadt.

„Nein, Heinz, Gott sei Dank, du kamst zur rechten Zeit. Der Jan ist betrunken, oder wahnsinnig. Er wollte mich... wollte mich erwürgen. Sag ihm, daß er geht!"

Ehe Jan Gilles noch ein Wörtchen sagen konnte, ja ehe Heinz Potter überhaupt den Befehl ausgesprochen hatte, hatten die Knechte den Burschen schon gepackt und hinausgeschafft. Mit einem fürchterlichen Schwur verfluchte er die Leute vom Tochterhof, als sich das schwere Hoftor hinter ihm schloß.

Mit gärtlicher Beklommnis, wie er es lange nicht mehr getan, bemühte sich Heinz Potter um das zuge Weib. Dankbar erwiderte sie seine Liebkosungen und eine leise Hoffnung regte sich in ihrem Herzen, daß das Glück wieder zaghaft bei ihr anpochen wollte. „Ich wag's gar nicht auszudenken, was geschehen wär', wenn du auch nur ein paar Minuten später gekommen wärst, Heinz."

„Was wollte der Kerl denn hier? War er schon lange da?"

„Er kam vor einer halben Stunde, ach, mir kommt's wie eine Ewigkeit vor. Er wollte die Trien holen, der alte Gilles sei die Treppe heruntergestürzt. Die Trien ist sofort heimgelaufen, aber der Jan, der Jan blieb da!"

„Armes Kind, was magst du ausgestanden haben!"

„Wenn er nicht betrunken gewesen wäre, hätte er sich wohl nicht so weit vergessen."

„Meinst du wirklich, Lene? Ich denke, das ganze Dorf weiß, was für ein Lüderjahn der Jan Gilles geworden ist."

„Was das ganze Dorf wissen will, braucht auch noch nicht wahr zu sein, das haben wir selber gespürt! Der Jan ist nicht schlecht, er kann sich nicht beherrschen — das ist sein Verderb."

Aergerlich straffte sich Heinz Potter auf. Seine blauen Augen blickten wieder stahlhart, jede Zärtlichkeit war verschwunden. „Wahrhaftig, Lene, eben will der Schurke dir die größte Schmach antun, die es für eine Frau gibt, und jetzt verteidigst du ihn gar!"

„O nein, Liebster, verteidigen nicht, nur entschuldigen", sagte sie ein wenig erschreckt.

„Ach was, man kann nur jemand entschuldigen, den man achtet oder den man liebt! Sie sagen's ja alle: du hast dem Jan seine Frau werden sollen, vielleicht . . . 's gibt ja so viel Komödie im Leben."

„Heinz!" schrie das Mädchen auf. Es war, als habe ihr einer eine Welt zertrümmert. Schmerzhaft fühlte sie, daß sie beide sich verloren hatten.

„Heinz," schrie das Mädchen auf. Es war, als habe ihr einer eine Welt zertrümmert. Schmerzhaft fühlte sie, daß sie beide sich verloren hatten.

„Heinz, die Schmach, die du mir jetzt antun willst, ist noch viel größer!" Schluchzend sank sie in sich zusammen, die Erregung der letzten Stunde hatte ihren Willen zermürbt.

Unbeholfen streichelte Heinz Potter ihr über das offene Haar, aber er fand keine Worte, die ihr Trost und Linderung hätten sein können.

Ein furchtbarer Donnerschlag erschüttete das Haus in den Grundfesten.

„Das hat eingeschlagen!" rief Heinz und sprang zum Fenster. „Bei uns nicht, Gott sei Dank! Wenn mir der Himmel das antäte, den Schlag könnte ich nicht verwinden! Aber da hat der Sturm das Hoftor aufgeweht."

Er öffnete das Fenster und rief nach einem Knechte, das Tor wieder zu schließen. In diesem Augenblick fuhr ein fahlgelber Blitz hernieder und ein krachender Donner überstürzte sich, als ginge die Welt aus den Fugen. Lene war ebenfalls an das Fenster getreten. Jetzt schrie sie laut auf. „Jesus Maria! Wer ist da vom Fenster geschlichen, Heinz?"

„Ich habe niemanden gesehen! 's wird der Jupp gewesen sein."

„Nein, der nicht! Es war..."

„Ist da jemand?" rief Potter zum Fenster hinaus.

„Ja, Herr, ich will das Tor zumachen", antwortete die Stimme eines Knechtes.

Heinz Potter mußte lachen. „Siehst du, Lene, der Jupp war's doch."

„Ja, jetzt . . . aber vorhin, da war's jemand anders! Laß mich hinausgehen, ich will selbst nachsehen."

Sie war noch nicht bis zur Türe gekommen, als draußen ein Feuerschein aufzüngelte. In demselben Augenblick stürzte ein Knecht ins Zimmer und rief: „Herr 's hat eingeschlagen bei uns. Die Scheune brennt."

Mit einer Stimme, wie man sie noch nie von ihm gehört hatte, schrie Heinz Potter ihn an: „Son on! go on! be alive! downwards to the miltipond! Place the pipe! Push on! forward! push on!"

Der Knecht starrte ihn an wie die Sünde. „Herr! Herr!"

Heinz Potter wußte nicht warum seinen Befehlen nicht Folge geleistet wurde. Mit einem Gebrüll, wie es verwundete Tiere ausstoßen, flog er an dem Mann vorbei.

„Wasser aus dem Mühlenteich!" rief er, daß es über den Hof gellte. Da schleppte Jupp schon den Schlauch herbei und eilte davon.

Lene hatte sich ans Fenster geschleppt und sah, wie das Feuer immer weiter um sich griff. Heiße Gebete schickte sie zum Himmel, daß er den Hof vor dem Aeußersten bewahren möchte. Dann lief sie hinaus und öffnete die Ställe und hieß die Mägde das Vieh forttreiben.

Immer schwälender kletterte die Flamme hoch. Jetzt schien man auch im Dorf das Feuer bemerkt zu haben. Wimmernd rief die Glocke um Hilfe. Und höher stieg die Not. Da rannte atemlos und schweißtriefend Jupp auf den Hof.

„Wo ist der Herr, — Frau . . . die Schleuse am Mühlenteich . . . 's ist einer drangewesen! Das Wasser läuft durch!"

„Allgütiger Gott!" Lene mußte sich auf die Steinbank vor dem Hause setzen, ihre Knie versagten ihr den Dienst.

Rauchgeschwärzt, mit zerrissenem Rock und blutigen Händen lief Heinz Potter herbei. „Wo bleibt denn das Wasser, du Schafskopf!" fuhr er den Knecht an. 's ist die allerhöchste Zeit, sonst ist alles umsonst."

„Herr! 's ist kein Wasser mehr im Teich — die Schleuse! Einer hat sie zerstört! Das ganze Feld ist überschwemmt!"

Da fing Heinz Potter an zu lachen, daß es die Lene kalt überlief. Und in diesem Lachen verbrannte das ganze Glück der Leute vom Tochterhof.

Die Ereignisse der Gewitternacht waren Richard Steigerwald wie eine Fügung erschienen. Als Heinz Potter zu ihm kam und fragte, wann er mit dem Wiederaufbau des Tochterhofes beginnen wolle, sagte er ihm, daß er ihn überhaupt nicht mehr aufzubauen gedenke. Die Bewirtschaftung habe sich nie gelohnt. Was von den Aeckern und Wiesen noch brauchbar sei, könne vom Bruckschenhof aus versehen werden.

Ob er dann wieder auf dem Bruckschenhof einstehen könne, fragte Heinz Potter. Er fragte es mehr, um etwas zu sagen, als daß er eine Antwort hätte haben wollen. Es war ja die natürlichste Sache von der Welt, daß er seinen Dienst dort wiederaufnahm.

„Nein, Potter", antwortete Richard Steigerwald, „auf dem Bruckschenhof sind wir Leute genug."

Heinz Potter lächelte wie einer, dem man einen Scherz mit dem ernstesten Gesicht von der Welt erzählt. Richard Steigerwald wurde es ein wenig unbehaglich zumute bei diesem unglaublichen Lächeln. „Es ist schade, Herr Steigerwald, daß der schöne Hof ein Trümmerhaufen bleiben soll", meinte Potter.

„Ja, er hätte ja mehr gebracht, wenn er gut gestanden hätte, aber ihn erst wieder aufbauen und neu bewirtschaften und dann doch verkaufen — das lohnt sich nicht!"

„Verkaufen? Sie wollen den Hof verkaufen?"

„Mit Eurer Erlaubnis ja, Herr Potter", spottete Steigerwald. „Ihr habt mir ja die Wiesen dort mit Eurer albernen Schleusenwirtschaft ganz und gar versaut — was bleibt mir also anderes übrig!"

(Fortsetzung folgt.)

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 28. Febr.

Der Sauerländer Bauerntag

fand am Dienstag bei überaus zahlreicher Beteiligung seitens der sauerländischen Bauernschaft in Arnsberg statt. Die Leitung des Bauerntages lag in Händen des bekannten Landrats a. D. Frhrn. von Lüninck.

Als erster Redner sprach der praktische Landwirt **Zentrumsabgeordneter von Papen**, Haus Merfeld bei Lünen i. W. über

die wirtschaftliche Lage und die Landwirtschaft

indem er sich in der Hauptsache über die Aufgaben und Forderungen der Wirtschaft verbreitete. Er stellte in seinen durchaus objektiv gehaltenen Ausführungen folgende drei Forderungen auf: **Die Zusammenfassung sämtlicher bürgerlichen Kräfte im Reich und in den Ländern, Schutz der nationalen Arbeit und endlich Kampf um den christlichen Charakter des Staates.** Nachdem der Krieg verloren, sei eine Zusammenfassung aller Kräfte notwendig, nur Erhaltung der Substanz und Erhöhung der Produktion vermöchten uns zu retten. Bislang habe man Verteilungs- statt Produktionspolitik getrieben. Dann hob der Redner hervor, daß, wie er schon im rheinischen Bauernverein behauptet habe, fast alle bürgerlichen Parteien sozialistisch verseucht seien. Deshalb die Forderung, Trennung von der sozialistischen Gedankenwelt, nicht Kampf gegen die Arbeiterschaft, sondern Schutz der Arbeiterschaft vor Ausbeutung. Des weiteren trat Abg. Abg. von Papen für die Ersetzung des Reichswirtschaftsrates durch ein berufsständisches Parlament ein und verlangte Wiedereinführung der autonomen Zölle und Abbau der Rohstoffpreise. Dann verbreitete sich der Redner an der Hand statistischen Materials über den Ueberfluß an Brotgetreide auf dem Weltmarkt, den Ueberfriedenspreis der künstlichen Düngemittel und den Rückgang im Verbrauch derselben sowie über die ungeheure Kreditnot in den Kreisen der Landwirtschaft. Den Abschluß seiner Rede bildete eine Erörterung des **Kampfes um den christlichen Charakter des Staates, insonderheit des Kampfes um die Erhaltung der konfessionellen Schule, an der die gesamte Landwirtschaft unentwegt festhalte.** Die tiefgründigen Ausführungen von Papens fanden bei der Zuhörerschaft lebhaften Beifall.

Als zweiter Redner trat der Geschichtsprofessor **Martin Spahn** auf. Seine Worte galten der staats- und weltpolitischen Bedeutung der deutschen Landwirtschaft. Er führte aus, wie die Landwirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart eingestellt ist in den wirtschaftlichen Entwicklungsgang. Lange Zeit sei die Landwirtschaft nicht zur Entwickelung eines eigenen Standes gekommen. Auf Kosten der Landwirtschaft habe sich der Geist des Kapitals und des Händlertums breit gemacht. Heer und Beamtentum, diese beiden aus dem Wesen des deutschen Volkes in langer Aufwärtsentwicklung entstandenen Wertfaktoren, seien verloren oder gemindert, geblieben sei noch das Dritte: die Landwirtschaft, die auch aus deutscher Arbeit emporgewachsen sei. Wir, die wir entgegen der Warnung des großen Kanzlers uns in die Weltwirtschaft gestürzt hätten, liefen Gefahr, eben von dieser Weltwirtschaft jetzt aufgesogen zu werden. Dem deutschen Volke habe viel zu viel die Macht des internationalen Kapitals verschleiert. Den auf Grund der Beratungen mit den Sachverständigen zu erwartenden Sanierungsmaßnahmen will Redner nicht trauen. Strese mann kritisierte er als das Mitglied der alten nationalliberalen Partei, von der er die hohen nationalen Worte seiner großen Rede gut übernommen habe. Wo werden wir die Männer finden, die uns aufwärts führen? Die Landwirtschaft ist das Wurzelwerk der deutschen Eiche. Die deutsche Landwirtschaft, das Bauerntum trägt die letzte Verantwortung für die deutsche Zukunft. Die Forderung des Vorredners: Kampf um den christlichen Charakter des Staates ergänzt Spahn: auch Kampf um den christlichen Charakter der Wirtschaft. Bemerkenswert gerade aus deutschnationalem Munde und sehr empfehlenswert gerade für jene Kreise ist die Feststellung daß man nicht so sehr schimpfen solle auf diejenigen, die es schlechter gemacht haben, daß man vielmehr fragen solle, wie man es besser machen könne.

Die schließliche Forderung Spahns lautete: „Dem Sozialismus fügen wir uns nicht, desgleichen nicht dem Liberalismus. Fort mit der Angst vor der Masse! Mit dem Ausruf der Hoffnung auf bessere Zeiten für Kinder und Kindeskinder endete die ebenfalls sehr beifällig aufgenommene Rede des Prof. Spahn.

Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß auf einem sauerländischen Parteitage ein Mann, wie Martin Spahn als Redner auftritt. Hätte man in früheren Zeiten einen konservativen Redner bei einer solchen Veranstaltung sprechen lassen? Nicht daß man einen deutschnationalen Redner in Arnsberg als Referenten sprechen ließ, wundert uns, sondern daß man ausgerechnet auf Martin Spahn verfiel, auf einen Mann, der jetzt verbrannt, was er früher angebetet hat, der insbesondere durch seine scharfe, leider allzusehr recht unsachliche und gehässige Kritik gegen die Zentrumspartei doch bei vielen Zentrumsanhängern recht unangenehme Erinnerungen und Gefühle wachrufen muß. Zudem ist es uns nicht erklärlich, welche Beziehungen Martin Spahn zur Landwirtschaft hat. Es sind doch so gut, wie gar keine, es sei denn daß man seine Zugehörigkeit zur deutschnationalen Partei als solche wertet. Eine Wirtschaftskapazität von Ruf ist Martin Spahn, der ein guter Kenner der Hohenzollerngeschichte sein mag, auch nicht. Von Weltwirtschaft hat er ebenfalls keine praktischen Erfahrungen. Die Gelegenheit in einem gerade für die deutsche Weltwirtschaft und für die wirtschaftlichen Beziehungen Westdeutschlands zur Weltwirtschaft so wichtigem Zentrum wie Köln Erfahrungen hierüber zu sammeln, verpaßte er, indem er sich von Köln, wo er Geschichtsprofessor an der Universität ist, natürlich fernhält, so daß man schon das Disziplinarverfahren deshalb gegen ihn eröffnet hat. Wodurch Martin Spahn eine besondere Note erhalten hat, ist seine Stellung im Katholikenausschuß der Deutschnationalen und seine Hetze gegen die Zentrumspartei. Daß das eine Empfehlung für ein Auftreten auf einem sauerländischen Parteitag ist, können wir nicht einsehen. Deshalb müssen wir die Wahl Martin Spahns als Referenten als Mißgriff bedauern und unsere Bauern darauf aufmerksam machen, daß sie verhindern, daß solche Mißgriffe wieder vorkommen.

Ermäßigung der Gütertarife, Erhöhung der Personentarife.

Um den Bedürfnissen der Eisenbahn nach Steigen des Umsatzes und zugleich den Bedürfnissen der Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, wurden mit Zustimmung der Reichsregierung die **Gütertarife** einschließlich der **Tiertarife und den Kohlenausnahmetarifen am 1. März um weitere 10 Prozent ermäßigt.** Bestimmte Ausnahmetarife bleiben von der Ermäßigung ausgeschlossen. Die Einnahmen der Reichsbahn müssen aber auf alle Fälle gedeckt werden. Es ist daher eine gleichzeitige **Regulierung der Einheitssätze im Personenverkehr** notwendig. Die seitherigen Sätze der 3. und 4. Klasse sind nicht Friedenssätze und decken daher bei weitem nicht die Selbstkosten. Die **Fahrpreise werden nun vom 1. März ab 3 Pfennige in der 4., 5 Pfennige in der 3., 6 Pfennige in der 2. und 9,9 Pfennige in der 1. Wagenklasse** betragen. Das bedeutet eine Erhöhung des Gegenwertes in Friedenspreisen um 36 Prozent in der 3. und 4., um 47 Prozent in der 2. und um 37 Prozent in der 1. Wagenklasse. Um den Bedürfnissen im Berufs- und Siedlungsverkehr Rechnung zu tragen, werden die Preise der **Monatskarten,** der **Schülermonatskarten,** der **Wochenkarten** und der **Kurzarbeiterwochenkarten** und der **Arbeiterrückfahrkarten von der Erhöhung ausgeschlossen.** Für den Ausflugverkehr sind die Sonntagskarten ausgedehnt worden. Außerdem werden Feriensonderzüge zu ermäßigten Preisen gefahren.

Zur beabsichtigten Einschränkung der Postzustellung auf dem Lande.

Der Westf. Bauernverein hatte kürzlich erneut eine Eingabe an das Reichspostministerium gerichtet, in der er gegen die beabsichtigte nur dreimal wöchentliche Postzustellung an die Landbevölkerung protestierte. Darauf ist ihm folgende Antwort durch die Oberpostdirektion Münster zuteil geworden:

„Es unterliegt zurzeit noch der Prüfung, ob die geplante Maßnahme, **in dünn bevölkerten Landbezirken** mit zerstreut liegenden Wohnstätten und geringem Postverkehr künftig die **Postzustellung auf eine wöchentlich dreimalige** zu beschränken, durchführbar ist, und was dadurch gespart werden kann, denn die ungünstige Finanzlage des Reiches zwingt uns zu weiteren Sparmaßnahmen.

Sollte es nach dem Ergebnis der Prüfung zu der geplanten Einschränkung kommen, so ist eine ernstliche Schädigung der Belange der Landwirtschaft kaum zu befürchten. Bei der gegenwärtigen Ausdehnung des Fernsprechnetzes auf dem Lande können die Landwirte sich über Märkte, Preise usw. jederzeit genügend unterrichten. Wer aber auf schleunige Zustellung gewisser Sendungen auch an den Tagen, wo seine Wohnstätte vom Landzusteller nicht berührt wird, **besonderen Wert legt, kann** die Zustellung durch Eilboten beantragen oder von dem Recht der Abholung Gebrauch machen. Der eigentliche Postverkehr nach dem Lande ist durchweg sehr gering. Im allgemeinen kommt es der Landbevölkerung auch weniger auf den rechtzeitigen Empfang der Briefsendungen als vielmehr auf schnelle Zustellung der Zeitungen an. Lediglich der Zeitungen wegen kann jedoch die Zustellung an jedem Werktage nicht beibehalten werden.

Landorte mit geschlossener Bauweise (Dörfer usw.) sollen von der geplanten Einschränkung nicht getroffen werden."

Dazu schreibt der Bauernverein in seinem Organ der „Westf. Bauer":

„Mit diesem Bescheide der Oberpostdirektion Münster können wir uns keineswegs zufrieden geben, und wir haben deshalb die Vereinigung der deutschen Bauernvereine veranlaßt, die Angelegenheit beim Postministerium direkt weiter zu verfolgen, nachdem sie in der Sitzung der Vereinigung der Bauernvereine vom 30. Januar bis 2. Februar d. Js. bereits Gegenstand einer ausgiebigen Aussprache und eines entsprechenden Beschlusses gewesen ist.

Die Ausdehnung des Fernsprechnetzes auf dem Lande ist längst nicht derart, daß damit dem Nachrichtendienst gerade der bäuerlichen Bevölkerung Westfalens Rechnung entsprechend getragen wird, zumal viele Landwirte der Teuerung wegen den Fernsprecher längst wieder abgeschafft haben. Ueberdies hat der Fernsprechverkehr auf dem Lande den größten Teil des Jahres über für den Landwirt fast gar keine Bedeutung. Morgens, wenn der Landwirt an die Feldarbeit geht, hat der Fernsprechdienst noch nicht begonnen, mittags, wenn er zur Ruhe nach Hause kommt, ruht bereits wieder der Fernsprechdienst und abends, wenn er ermüdet von der Feldarbeit heimkehrt, ist auch der Fernsprechdienst wieder geschlossen. Des Nachts, wenn er mal zur Herbeirufung von Arzt, Tierarzt, Hebamme und Feuerwehr den Fernsprechdienst gut gebrauchen könnte, steht ihm derselbe ebenfalls wieder nicht zur Verfügung. Wenn der Zeitungen wegen eine tägliche Postbestellung nicht beibehalten werden kann, so hat der Zeitungsbezug für den Landwirt draußen nur noch untergeordneten Wert, worauf wir in diesem Zusammenhange die Geschäftsstellen der Tageszeitungen aufmerksam machen müssen, die vielleicht dann sich auch für Beibehaltung täglicher Postbestellung auf dem Lande interessieren.

Was das Postministerium mit der Postbestellung auf dem Lande vorhat, das betreibt in ähnlicher Weise das Eisenbahnministerium mit den kleinen Eisenbahnstationen und Laderampen auf dem Lande, die auch allmählich aufgehoben werden sollen. Auch hiergegen hat die Vereinigung der deutschen Bauernvereine energisch Stellung genommen.

Der Westfälische Bauernverein hat in seiner letzten Generalversammlung eine Entschließung angenommen über den **Beamtenabbau,** worin es heißt, daß der **Abbau von obenher** und nicht von untenher zu beginnen habe. Mit der Beseitigung von einigen Postboten und Bahnwärtern ist keinem geholfen, **abgebaut werden muß mit ganzen Ministerien und Kommissariaten,** weil gerade diese ungeheure Geldsummen verschlucken und in heutiger Zeit total überflüssig sind."

O Aus unseren karitativen Vereinen. Die Not der Zeit machte sich in den verflossenen Monaten namentlich infolge der Arbeitslosigkeit immer mehr geltend. Da galt es, Wege zu finden, um solcher Not zu steuern und die Bedürftigen möglichst wenig darben zu lassen. Und diese Erwägungen machten auch der kathol. Kirchengemeinde den Beschluß leicht, einen Raum für die **Volksküche** zur Verfügung zu stellen. Die Volksküche, ein gemeinsames Unternehmen des Jungdo und der karitativen Vereine, erfreut sich einer immer größer werdenden Inanspruchnahme. Erfreulich war es auch, daß seitens des Diözesan-Caritas-Verbandes unseren karitativen Beinen zweimal eine ansehnliche Summe überwiesen wurde für Zwecke der Volksspeisung. So waren diese Vereine in der Lage, einer großen Anzahl von Bedürftigen die Wohltat der Volksspeisung zuteil werden zu lassen.

Unser **St. Elisabeth-Verein** steht in der kommenden Woche vor einer andern großen Aufgabe, nämlich die bedürftigen Erstkommunikanten zu kleiden. Die Zahl dieser wird aller Voraussicht nach eine ungleich größere sein als früher, und der Elisabeth-Verein wird auch Mittel und Wege finden müssen, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Gott sei Dank sind in letzter Zeit von unsern amerikanischen Landsleuten größere Spenden eingetroffen. Allein diese genügen nicht, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Da darf auch die private Wohltätigkeit nicht zurückbleiben und diese muß in den nächsten Wochen erhöht in Anspruch genommen werden.

Unser Mütter-Verein zahlt bei eintretenden Sterbefällen entsprechend dem Hauptversammlungsbeschlusse 30 Goldmark, die ausreichen zur Beschaffung eines Sarges. Außerdem wird für die Seelenruhe eines verstorbenen Mitgliedes eine hl. Messe gelesen. Die Mitglieder unseres Muttervereins handeln also schon in eigenem Interesse, wenn sie vollzählig der Sterbekasse treu bleiben, und gleichzeitig üben sie ein schönes Werk christlicher Caritas. Neue Leinenausstattungen für Säuglinge sind auch hergerichtet.

Der 3. Orden ist weiter fleißig an der Arbeit, Kleidungsstücke fertig zu stellen aus schon gebrauchten. Es ist eine große Gemeinde, die allwöchentlich für diesen Zweck arbeitet. So bewahrheitet sich in allen diesem das alte Apostelwort: „Die Liebe hört nimmer auf."

!! **Die Gewerbesteuer.** Am Freitag wurde im Preußischen Landtag eine Ergänzungsverordnung zur Gewerbesteuer angenommen, die im wesentlichen folgendes vorsieht:

1. eine Veranlagung der Gewerbesteuer nach dem Ertrage für das Kalenderjahr 1923 findet nicht statt. Es werden dafür 10 v. H. des gewerbesteuerpflichtigen Einkommens erhoben;
2. werden alle Genossenschaften zu der Gewerbesteuer herangezogen.

!! **Die diesjährigen Reifeprüfungen.** Ein Erlaß des Kultusministeriums von 1880 ordnet an, daß an den Anstalten, in denen bei der mündlichen Reifeprüfung der Direktor den Vorsitz führt, die Prüfung erst in den letzten 14Tagen vor dem ordnungsmäßigen Schulschluß stattfinden soll. Da in diesem Jahre Ostern außergewöhnlich spät fällt, hat das Kultusministerium in einem im Zentralblatt veröffentlichten Ministerialerlaß diese Bestimmung für das laufende Jahr dahin abgeändert, daß die **mündliche Prüfung** schon früher stattfinden darf, allerdings nicht vor dem 1. März. Auf diese Weise werden die Abiturienten in die Lage versetzt, sich rechtzeitig vor dem 1. April ihrem späteren Beruf zuzuwenden.

Provinzielles.

WTB **Elberfeld,** 25. Febr. **Die Zweite Strafkammer des hiesigen Landgerichts hat sich in den letzten Tagen mit einem großen Hehlerprozeß. Während der Nachkriegszeit waren, wie bei anderen großen Unternehmungen auch bei der Firma Krupp große Mengen Spiralbohrer gestohlen worden. Eine Anzahl Diebe und Hehler ist bereits von dem Gericht in Essen abgeurteilt worden. Nunmehr hatte sich vor der hiesigen Strafkammer der Kaufmann Robert Köhler aus Barmen, der Fabrikant Fritz Kresting aus Hagen und der Fabrikdirektor Fingerhut aus Vohwinkel zu verantworten, die beschuldigt wurden, die aus Diebstählen von der Firma Krupp herrührenden Bohrer angekauft zu haben, obwohl sie wußten oder den Umständen nach annehmen mußten, daß sie gestohlen waren, und zwar gewerbs- und gewohnheitsmäßig, ferner die Angeklagten Köhler und Fingerhut wegen Ankaufs gestohlener Treibriemen, Wäsche und Arbeiteranzüge. Das Gericht sprach die Angeklagten Köhler und Fingerhut der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Hehlerei schuldig und verurteilte sie gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft zu je 18 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und erließ wegen Fluchtverdachts gleich den Haftbefehl. Das Verfahren gegen den Angeklagten Kresting wurde eingestellt, da er inzwischen vom Landgericht in Hagen wegen der gleichen Vergehen zu einem Jahre neun Monaten Zuchthaus verurteilt worden war, welche Strafe er jetzt abbüßt.**

Köln, 25. Febr. **Ein entsetzliches Unglück ereignete sich in einem Hause auf dem Blaubach. Die Inhaberin einer dortigen Porzellanhandlung ging mit einer brennenden Petroleumlampe in den Keller. Wahrscheinlich ist die Lampe explodiert. Die Frau wurde von den Flammen derart verbrannt, daß sie nur noch als Leiche geborgen werden konnte. Die Tochter hat bei dem Versuche, die Mutter aus den Flammen zu retten, ebenfalls erhebliche Brandwunden davongetragen.**

* **Soest,** 28. Febr. **(Vergnügliche Entlobung.)** In dem Soester Anzeiger, so schreibt der „Kladderadatsch im Briefkasten seiner letzten Nummer, lesen wir folgende Anzeigen: „Meine Verlobung mit dem Pol.-Oberwachtmeister Dietr. L. Ipkendanz ist von mir aufgelöst. Berta Baumgart. Soest, 21. Januar 1924." — „Für die Auflösung meiner Verlobung seitens Frl. Berta Baumgart, sowie auch für die mir aus diesem Anlasse übersandten Glückwünsche spreche ich an dieser Stelle meinen allerherzlichsten Dank aus. Dietr. L. Ipkendanz."

Berta schwimmt in Wonne ganz,
Ebenso der Ipkendanz!
Und sogar das ganze Soest
Ist von Heiterkeit umtost. Prost!

* **Paderborn,** 28. Febr. **Graf Hermann zu Stolberg-Stolberg,** der Präsident des Bonifatiusvereins, begeht am 28. Febr. zu Westheim (Westfalen) seinen **siebzigsten Geburtstag.** Wir glauben im Namen der Leser unseres Blattes zu handeln, wenn wir dem um die katholische Sache hochverdienten Manne, der mit schwerer Krankheit ringt, unsere besten Glück- und Segenswünsche aussprechen.

* **Burlo** bei Bocholt i. W., 26. Febr. **(Schwerer Kirchenraub.)** Nachts wurden in der hiesigen Klosterkirche der Oblatenpatres mittels Einbruchs sämtliche kirchlichen Geräte aus Silber und Gold (Monstranz, Kelche usw.), sowie verschiedene wertvolle Meßgewänder geraubt. Um auf der Flucht nicht gestört zu werden, hatten die Diebe alle nach Burlo führenden Telephondrähte durchschnitten. Wahrscheinlich sind die Diebe über die nahe Grenze nach Holland entkommen.

* **Bad Wildungen,** 27. Febr. **(Was nicht alles gestohlen wird.)** Dieser Tage kommt in ein Haus der Neuenstraße ein anständig gekleideter junger Mann, mit Handtasche und bietet elektrische Glühbirnen zum Kauf an. Er fand jedoch keinen Absatz. Nächsten Tags mußte der Besitzer des Hauses die Wahrnehmung machen, daß ihm sämtliche leicht erreichbaren Glühbirnen gestohlen worden sind. Offenbar hat der junge Mann bei Anbietung zum Kauf sich genaue Kenntnis verschafft und dann in einem unbewachten Augenblick die Birnen gestohlen.

Vermischtes.

Der arme Sultan.

WTB Paris, 27. Febr. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Regierung beschlossen, die Mohammedaner in der ganzen Welt **in einem Appell aufzufordern, Kapitalien für die Zivilliste aufzubringen, auf die der Kalif in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der Gläubigen Anspruch hat.**

:: **Der teuerste Tag im Jahre 1923.** Nach den Ermittlungen des Reichsstatistischen Amtes war der teuerste Tag im Jahre 1923 der 26. November.

:: **Die Frühjahrsmüdigkeit — eine Krankheit.** Unter den Frühlingskrankheiten nimmt die Frühjahrsmüdigkeit die erste Stelle ein. Ein eigenartiger „Schlapper" Zustand tritt ein, der selbst kräftige Menschen ergreift und sich in Schlaflosigkeit, Appetitumlust, Kopfschmerzen usw. äußert. Die moderne Wissenschaft hat festgestellt, daß es sich um eine richtige „Erkrankung" handelt, deren Ursache in der Veränderung zu suchen ist, der nach der langen Winterruhe mit einer meist ungenügenden Bewegung des Körpers, dem Aufenthalt in unschlosserer Zimmerluft und einer meist unrichtigen und unzureichenden Ernährung der körperlichen Organe und Gewebe der ganze Körper unterliegt. Die vielen tausend Einzelteile des Körpers werden im Frühjahr ausgedehnt, es tritt eine förmliche Umwälzung ein, die zur Erschlaffung und damit zur Müdigkeit führt. Da dabei auch das Blut eine Veränderung in Zusammensetzung und Umlauf erfährt, treten Kopfschmerzen und in besonderen Fällen krankhafte Veranlagungen empfindlich hervor. Gegen die Frühjahrsmüdigkeit empfiehlt sich Ruhe und Diät, tägliche Bewegung in frischer Luft, Vermeidung von Ueberanstrengung.

Wirtschaftsteil.

Steigerung der Reichsindexziffer.

WTB **Berlin,** 27. Febr. (Drahtb.) **Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Kleidung, Heizung) beläuft sich nach der Feststellung des statistischen Reichsamtes für Montag, den 25. Februar, auf das 105millionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (104millionenfache) ist demnach eine Steigerung von 1,0% zu verzeichnen.**

Keine Ermäßigung der Roheisenpreise.

WTB **Hannover,** 27. Febr. Die vor einigen Tagen abgehaltene Sitzung des Roheisenverbandes hat wegen der Preisfrage beschlossen, von einer Ermäßigung der Preise abzusehen, da die gegenwärtigen Preise schon weit hinter den Gestehungskosten liegen und den ausländischen Konkurrenzpreisen vollkommen Rechnung tragen.

Ein Abkommen der Holzwirtschaft mit der Rheinlandkommission.

WTB **Freiburg,** 27. Febr. Zwischen der interalliierten Rheinlandkommission und den Vertretern der gesamten Holzwirtschaft des besetzten Gebietes ist kürzlich ein Abkommen getroffen worden betreffend die Holzreparationslieferungen. Bis zum Anfang des Jahres 1925 ist ein Teil der Holzmengen, die Deutschland auf Grund der Forderungen der Reparationskommission noch liefern soll, unentgeltlich an die interalliierten Mächte abzuliefern. Der Gegenwert der Reparationen wird Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben. Außer der Sicherheit der Lagervorräte behalten die daran beteiligten Firmen auch eine Ermäßigung der Einfuhrzölle für verschiedene Sätze des deutschen Zolltarifs sowie eine Ermäßigung des Einfuhrzolls für die gleichen Sätze auf 1 Prozent des Wertes zugesprochen.

Verlagsanstalt J. I. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Die Jünglingssodalität Olpe

ladet zu einem aufheiternden Abend ein.

Zur Aufführung gelangt am

Sonntag, dem 2. März 8 Uhr abends

„Die Schildbürger".

Volksstück in 4 Aufzügen
nach dem alten Volksbuch.

Eintrittspreis mindestens 0,50 Mark.

Besondere Aufführung für Jünglinge

Freitag, den 29. Februar, abends 8 Uhr.

Für Kinder

Samstag, den 1. März 5 Uhr.

Der Vorstand

Staatliche Aufbauschule in Olpe.

Die seit Ostern 1922 in Olpe eingerichteten Aufbau-Oberschulklassen nehmen Ostern 1924 wieder Schüler in die Anfangsklasse „Untertertia" auf.

Ziel der Schule: Führung der Schüler in 6jährigem Lehrgang zum Abiturientenexamen oder zur Universitätsreife.

Aufgenommen werden Schüler jeden Bekenntnisses im Alter von 13 bis 16 Jahren, welche a) den Bildungsstandpunkt eines guten Volksschülers nach 7jährigem Volksschulbesuch nachweisen, b) das Zeugnis für die Untertertia einer höheren Schule besitzen.

Die Aufnahmeprüfung findet nach den Osterferien statt.

Anmeldungen, denen ein Geburts- und Wiederimpfschein beizufügen ist, nimmt mündlich oder schriftlich entgegen und weitere Auskunft erteilt

der Direktor: Frese.

Margarine.

Eins der größten Werke sucht für Olpe und Umgegend einen bei der einschlägigen Kundschaft bestens eingeführten

Vertreter.

Gefl. Angebote u. F. B. 3911 an (j†404

G Geerkens, Ann.-Exp., Hagen i. W.

⚒ Ernst Giebeler ⚒

SIEGEN

Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
An- und Verkauf von Wertpapieren

Kulante Verzinsung von Papier- und Rentenmark-Einlagen

Errichtung laufender Rechnungen
Verwaltung und Aufbewahrung von Effekten in eigenen Stahlkammern w87
Beratung und Auskünfte kostenlos
Telefon Nr. 1801, 1802, 1803 und 1804,
Telegr.-Adr. Bergwerke.

Ruhrkohlen

von den ersten Zechen des Ruhrgebiets liefert prompt zu Syndikatpreisen

Visser & van Dorrnum

Düsseldorf.

Vertreter: **Oskar Sondermann, Gummersbach.**
(j†47) Schliessfach 28,
Telefon 516 Amt Gummersbach.

TRANSMISSIONEN

Stahl-, Hänge-, Wandlager-, Wellen-
Riemenscheiben in Holz und Eisen

WEBERWERKE SIEGEN,

Post Weidenau 19 Sieg w117
Fernruf 202, 204, 205.

Räumungs-Verkauf

solange der Vorrat reicht

Waschleder, kräftige Ware ohne Abfall, per Pfund 1.80, 1 Sofa 58.—, 2 einteilige Springfedermatratzen, à 25.—, 2 dreiteilige Springfedermatratzen à 38.—, 2 Chaiselongues à 40.—, 2 Stück à 48.— und 2 Stück à 60.—, 1 Schreibtisch 130.—, 10 Kuhsattelgeschirre à Mark 20—30.—, 2 Ochsengeschirre à 45.—, 3 Auflegematratzen à Garnitur 25.—, 12 Strohsäcke à 12.50, 2 Klubsessel à 45.—, 2 Sofas à 90.— und 2 Stück 78.—, 2 Kinderbettmatratzen à 12.—, 15 wasserdichte la. Pferdedecken à 10.— sowie Springfedern, Polsterwolle, Fußmatten, Sofabezüge, Holzsattelgestelle, Mähnenkämme, Pettschen, Hundeleinen, Halsbänder, Huffett, Stricke, Rucksäcke, Bruchbänder, Rippscheibe, Kordel, Waschleinen, Schnallen, Tornister, Bogenpeitschen und Nähriemen, alles in ganz neuem Zustande, bis auf eine gebr. Wringmaschine für Mark 12.— und einen gebr. Handleiterwagen für Mark 12.— hat abzugeben

G Schleifenbaum, Frendenberg,
Mittelstraße 12. Telephon 84.

Ich bitte genau auf meinen Namen zu achten und mich nicht mit der Konkurrenz zu verwechseln. Meine Waren sind preiswert und gut, aber die Leistungsfähigkeit beruht im Einkauf. (j†533

Nur für Wiederverkäufer:

Benkensteins Würstchen,

es gibt keine besseren!

Fabrik seit 1880 in Halberstadt.

Vertreter u. Lager für Regierungsbez Arnsberg:
Alb. Helleckes, Bonzel-Grevenbrück.
Telefon 216. (w112)

---

†j547] **Hoher Nebenverdienst!**

Zum monatlichen Besuch der ortseinsässigen Kundschaft suche

in jedem Ort

geeignete Person von gutem Ruf (Dame oder Herr) für den Verkauf täglicher Bedarfsartikel.

Briefadresse: Postschließfach 159 in Siegen.

Maßschäfte

werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.

Heinr. Reperich,
Schäftemacherei,
Olpe, Winterbergstr. 53.

Gebrauchte

Schreibmaschinen

verschiedener Systeme preiswert abzugeben.

Louis Hees, Siegen
Ruf 272.

Haben

Sie etwas zu färben oder zu reinigen, dann bringen Sie selbiges zu

Gebrüder Clemens
Olpe, Martinstraße 18.

Für schulentlassene Burschen im Alter bis zu 18 Jahren suchen wir geeignete

Arbeitsstellen

Anfragen ist 1,— GM. in Reichsgeld für Barauslagen beizufügen

Angebote an den kath. Männer-Fürsorgeverein Dortmund, Mühlenstraße 2a.

Briefpapier

geschmackvoller Ausstattung.

Ruegenberg'sche Buchhdlg.
Olpe — Bahnhofstrasse.

Beamte (Pensionäre) etc. finden Anstellung als

Bezirksbeamte

bei großer, alter Vers.-Gesellschaft Meldungen an die Geschäftsstelle der Zeitung unter Nr 558 erbeten.

Wir suchen noch an mehreren Plätzen geeignete (†j557

Vertreter

und erbitten Meldungen

Konzern „Vaterländische" in Elberfeld, Gen.-Agtr. Dortmund, Kronprinzenstr. 22.

Cigarren

Kenner rauchen mit Vorliebe unsere prima Bünder und Bremer Fabrikate.

Preis 15. 20. 25. u 30. Pfg

Ferner empfehlen wir:

Cigarillos, Cigaretten, und Tabake

in bekannter Güte.

Gebr. Clemens, Olpe, Martinstr. 18.

Frischen Fisch, grüne Heringe, Bücklinge

Rot- und Weißkohl, Wirsing, Schwarzwurzel, Meerrettig, Bierwenkohl, Rote Beeten

Ww. J. Liebler,
(j554) Olpe i. W.

Prachtvolle

Schnittblumen

wie Flieder, Tulpen, Nelken, Narzissen, Mimosen und Prunus-Stengel.

Herm. Degenhard
Olpe, Telefon 137.



Verkaufe 12 Zentner schwere hochtragende junge gute

Kuh.

Goebel, R.-Helden
Telef. 116 Grevenbrück

Reklame-Drucksachen

in Schwarz- und Mehrfarbendruck fertigt schnell und preiswert an

Verlagsanstalt F. K. Ruegenberg, Olpe

Abonnements-Einladung

auf die Armen Seelen Monatsschrift

„Armen Seelen-Glöcklein"

Jährlich portofrei zugesandt 1,70 Goldmark. Jahrgang 1922 frei 1,50 Goldmark.

Das Wiener Kathol. Sonntagsblatt „Sonntags-Glocke" schrieb in Nr. 47 über unser Blatt: „Eine gut empfehlenswerte Monatsschrift" Um zahlrch. Bestellungen bittet Redakteur und Verlg, Egendorfer in Steinbruck, Post Raubling, Oberbay.

Existenz!

Siegerländer Firma der Oel-, Fett- und Waschmittelbranche sucht für bezirksweise Vertretung

strebsame Herren

zum Besuche der Landkundschaft, Private usw. gegen hohe Provision. Kaution Mk. 500,— muß dep. werden, da Inkasso mit übernommen wird.

Schriftliche Angebote unter Nr. †j546 an die Geschäftsst. d. Zeitung

---

Statt besonderer Anzeige.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute morgen 6 Uhr meine innigstgeliebte unvergessliche Gattin, die treusorgende Mutter meiner beiden Kinder, meine liebe Tochter, Schwester, unsere liebe Schwägerin und Tante

die Ehefrau

Rektor Heinrich Lingemann

Toni geb. Gäfgen

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach kurzer, schwerer, mit grosser Geduld ertragener Krankheit im Alter von 35 Jahren, wohlvorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Heinrich Lingemann, Rektor.

Altenhundem, Werdohl, Fleckenberg, Niederbonsfeld, Dortmund und Buer, den 27. Februar 1924.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Samstag, dem 1. März, morgens 9 Uhr, daran anschliessend die Beerdigung von der Kirche aus. (†j555)

Sie kaufen am besten! beim Fachmann!

Ia Kleesamen deutschen, rheinischen und andern Rotklee, Schweden-, Weißklee und Timothee, 98% Prozent Reinheit, 98% Keimfähigkeit, garantiert seidefrei, winterhart, untersucht von der Landwirtschaftskammer. Futterbaumischungen nur getrennt vorrätig. Genossenschaften erhalten die Ware besonders billig. Muster und Preise zu Diensten.

Gartensamen sämtl. Bohnen und Erbsen, Original-Eckendorfer Runkeln sowie alle anderen Gemüsesämereien in Ia. Qualität. Zahlreiche freiwillige Anerkennungen.

Obst Aepfel-, Birnen-, Pflaumen- und Kirschbäume, hoch- und halbstämmig, Stachel- und Johannisbeersträucher zu ganz vorteilhaften Preisen. Kataloge und Preisliste zu Diensten. Heckenpflanzen: Weißdorn usw. Hochstämmige und niedrige Rosen.

Blumen und Kränze frische Bouquetts, Myrtenkränze und Körbe, Kränze, mit frischen und präparierten Blumen, mit Schleifen in erstklassiger Ausführung, frische Schnitt- und Topfblumen ständig vorrätig. Vasen, Vasenblumen und Kranzblumen. Bast, Draht, Baumwachs und alle sonstigen Bindeartikel.

Blumenspendenvermittlung Wollen Sie einem Freund oder Bekannten einen Kranz oder sonstigen Blumenschmuck übersenden, dann kommen Sie zu mir. Ich gebe Ihren Auftrag einem Kollegen in der betreffenden Stadt, sei es im In- oder Ausland, auf dem schnellsten Wege weiter, und so wird die Blumenspende frisch und wohlbehalten am festgesetzten Tage dem Empfänger übergeben. Sie sparen Geld, Porto und Verpackung. Jeder Auftrag wird sofort gewissenhaft ausgeführt Zahlreiche Anerkennungen für schon geleistete Aufträge. (†j553)

Samen- und Blumenhaus

H. Degenhard :: Olpe.

2 Minuten vom Bahnhof — gegenüber dem Lyzeum.

Telefon 137. Telefon 137.

Zentrifugen,
Buttermaschinen,
und alle
landw. Maschinen

w 37 empfiehlt

Heinrich Clemens, Olpe i. Westf.
Winterberbergstr. 4 Tel. 272

Reine

Wollgarnsocken

liefert am billigsten

Strickerei Hecker-Steins, Heinsberg/M. Preise frei

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ⌀ dauernd gegen Kasse zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hanses, Holzgeschäft,
Rimpenau i. Hochsauerland i. W.